

## Mitte Altona Live-Protokoll des Bürgerforums vom 13.06.2013

Alle Informationen und Dokumente zum Verfahren sind auf der Internetseite des Projektes abrufbar:  
[www.hamburg.de/mitte-altona](http://www.hamburg.de/mitte-altona)

### **Dokumentation**

Politik- und Unternehmensberatung Markus Birzer

Missundestraße 14

22769 Hamburg

[markus.birzer@web.de](mailto:markus.birzer@web.de)

**Bürgerforum Mitte Altona**  
**Live-Protokoll vom 13.06.2013**

**Moderation: Frau Prof. Dr. Gesa Birnkraut**  
**Protokoll: Angela Schöttler**

**Frau Prof. Dr. Gesa Birnkraut**

begrüßt alle zum Bürgerforum und freut sich, dass trotz des Regens so viele gekommen sind. Inhaltlich gliedert sich die heutige Veranstaltung in drei Teile. Zunächst werde es einen Bericht über die vergangenen Thementage geben, um die Anwesenden auf den aktuellen Stand zu bringen. Als zweites werde es einen Bericht des Koordinierungsgremiums geben und anschließend werde man über den Stand der Abwendungsvereinbarungen sowie den Bebauungsplan reden. Danach sei noch Zeit für eine abschließende Diskussion.

Sie fragt nach:

- Wer ist das erste Mal da: ca. die Hälfte
- Wer ist Anwohner: Hälfte (auch Eigentümer)
- Wer ist aus allgemeinem Interesse da: 10 Personen

Man werde nun zum ersten Programmpunkt übergehen und von Herrn Birzer einen Überblick über die vergangenen Veranstaltungen hören.

**Herr Birzer**

begrüßt die Anwesenden. Er zeigt einen Überblick über die Veranstaltungen seit der letzten Sommerpause. Während der Monate April, Mai und Juni 2013 habe es drei Themenabende mit Anknüpfung an die Themen, die im September ausgearbeitet worden seien, gegeben. Die Themenabende hätten stattgefunden mit den Schwerpunkten Baugemeinschaften, Mobilität und Inklusion. Über die drei Veranstaltungen wolle er berichten (s. auch Präsentation).

Heute finde ein Bürgerforum statt. Das sei die letzte Veranstaltung vor der Sommerpause.

Themenabend Neues Quartier – neue Nachbarn

Bei diesem Themenabend sei dem gesonderten Interesse vieler zukünftiger Anwohner Mitte Altonas Rechnung getragen worden. Die Zielgruppe der Baugemeinschaften sei besonders angesprochen worden. Das Konzept autofreies Altona sollte bei dieser Veranstaltung der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Es habe ca. 80 Anwesende gegeben. Wie bei allen Themenabenden habe es eine Fishbowl-Diskussion gegeben. Genauere Inhalte seien im Internet im Live-Protokoll nachzulesen, er wolle hier nur die wichtigsten Punkte vorstellen.

Das Ziel des Netzwerkes „Autofreie Mitte Altona“ sei es, das Quartier möglichst autofrei zu gestalten. Dabei solle besonders der Baublock 1C autofrei bleiben. Es sei der Entwurf eines Architekturbüros vorgestellt worden. Andererseits habe man auch über das Ziel der Stadt gesprochen, die eine Verteilung der Baugemeinschaften auf das Quartier anstrebe und Mitte Altona nicht autofrei, sondern autoarm ge-

stalten wolle. Es seien Forderungen nach einem Stellplatzschlüssel von 0,1 bis 0,6 Stellplätzen je Wohneinheit geäußert worden. Bei der letzten Veranstaltung habe Herr Walter mitgeteilt, es werde wohl einen Stellplatzschlüssel von 0,4 geben.

Herr Birzer erklärt, dass die Entwicklung noch von bestimmten Voraussetzungen abhingen, die in den Abwendungsvereinbarungen besprochen würden. Beispielsweise müsse man klären, wie der ÖPNV in Mitte Altona ausgestaltet werde und welche Taktung der Busse es auf der Harkortstraße geben werde. Des Weiteren sei über Fahrradabstellmöglichkeiten diskutiert worden, insbesondere im Bereich der S-Bahnhöfe aber auch direkt an den Häusern. Carsharing sei auch ein wichtiges Thema gewesen. Es sei der Vorschlag eingebracht worden, die Harkortstraße als Mischfläche auszugestalten. Dennoch solle das Separationsprinzip bestehen, sodass es bspw. einen separaten Fahrradweg gebe. Es sei auch über ein Tempolimit gesprochen worden. Fraglich sei hierbei gewesen, ob man Tempo 50 erlauben solle, oder nur Tempo 30, wie es das Netzwerk Autofreies Wohnen fordere.

Die Baugemeinschaften hätten zudem geäußert, dass sie sich eine günstige Fläche zur Bebauung wünschen. Beim Themenabend sei auch ein Eigentümer dabei gewesen. Im Gespräch seien die unterschiedlichen Standpunkte klar geworden, da er den Block selber bebauen wolle. Trotz der Differenzen habe er aber Gesprächsbereitschaft signalisiert. Ob diese Gespräche schon stattgefunden hätten, wisse er nicht.

#### Themenabend Mobilität

Auch bei diesem Themenabend habe es einen Vortrag mit anschließender Diskussion gegeben. Es sei das Mobilitätskonzept eines Ingenieurbüros aus Hannover vorgestellt worden, die mit der Erstellung des Konzeptes beauftragt worden waren. Die Ausarbeitung des Konzeptes habe mit dem Ziel stattgefunden, den KFZ-Verkehr möglichst gering zu halten. Dabei habe das Büro besonders betont, dass es angenehme Wege zu den S-Bahn-Stationen geben müsse. Zudem sei Tempo 30 für die Harkortstraße angekündigt worden und ein Stellplatzschlüssel von 0,4 je Wohneinheit. Man habe außerdem besprochen, dass Stadtrad-Stationen entstehen sollen. Man habe auch über das Thema Garagen und Autostellplätze diskutiert und überlegt, ob es Quartiersgaragen geben solle oder doch Tiefgaragen für alle. Konsens sei hierbei gewesen, dass die Autos möglichst nicht im Quartier sichtbar sein sollen. Man habe auch über Auflademöglichkeiten für E-Fahrräder gesprochen. Ein weiteres Thema sei der Lessingtunnel gewesen, für den man allerdings keine Lösung in absehbarer Zeit erwarten könne. Es sei zudem die Frage nach einem Fahrradweg in der Präsident-Krahn-Straße aufgekommen.

#### Themenabend Inklusion

An diesem Abend habe das Forum „Eine Mitte für alle“ vor ca. 40 Anwesenden deren Ideen zum Thema Inklusion vorgestellt. Zudem seien verschiedene Referenten anwesend gewesen: Herr Candussi von der Firma atempo aus Österreich, der Architekten, Planer, Bauherren und Kommunen berate. Bei atempo hätten 1/3 der Mitarbeiter selbst eine Beeinträchtigung oder Behinderung, sodass die Firma über Know-how in besonderem Maße verfüge. atempo habe zum Beispiel ein Handbuch für Architekten und Planer herausgegeben, in dem Tipps für inklusives Bauen zusammengetragen worden sind.

Auch Herr Krabbenhöft sei als Referent gekommen. Er sei Bürgermeister der Gemeinde Lindau in der Nähe von Kiel. Er habe über die Umsetzung von Inklusionsthemen in seiner Gemeinde berichtet. Ein weiterer Referent sei Herr Krolak vom Altonaer Bau- und Sparverein gewesen. Er habe davon berichtet, was der Altonaer Bau- und Sparverein im Bereich Inklusion tue, vor allem um Nachbarschaft zu stärken. Die Initiative „Eine Mitte für alle“ wurde von Frau Thomsen vertreten.

Herr Birzer fasst die wichtigsten Punkte der Experten zusammen, z.B. habe Frau Thomsen das Thema Barrierefreiheit in den Vordergrund gestellt und darauf hingewiesen, dass damit weniger soziale Mehr- und Folgekosten entstünden. Es sei zudem ein Quartiersmanagement für die Nachbarschaft gefordert worden. Herr Candussi habe erläutert, man müsse den Nutzen von Inklusion in den Vordergrund stellen. Dieser habe berichtet, dass nur geringe Mehrkosten von ca. 1,5 % zu erwarten, wenn man ein Bauprojekt von Anfang an inklusiv betriebe. Er habe außerdem betont, es sei wichtig, nicht zu niedrige Ziele festzusetzen, da sich diese im Laufe des Prozesses ohnehin noch korrigierten. Man habe auch die Forderung geäußert, die Baugemeinschaften über das Gebiet zu verteilen. Hier sei auch ein Widerspruch deutlich geworden zu der Forderung des Netzwerkes „Autofreie Mitte Altona“, da diese eine Konzentration auf einen Baublock forderten.

#### **Person vom Koordinierungsgremium**

Dies sei kein Widerspruch, denn man könne beides machen. Für ein autofreies Projekt sei es wichtig, dass man eine kritische Masse habe. Sonst mache ein Projekt wie autofreie Mitte keinen Sinn, da sich die Autos trotz allem über den Stadtteil verteilen würden. Man könne sich aber natürlich auch Baugemeinschaften über das gesamte Gebiet verstreut vorstellen.

#### **Frau Thomsen („Eine Mitte für alle“)**

Die Baugemeinschaften sollten über das Gebiet verteilt sein, mit der Intention, Nachbarschaftsraum zu schaffen und für ein gutes soziales Klima zu sorgen. So sei es den Baugemeinschaften möglich, im Umfeld zu wirken. Gleichzeitig solle Inklusion für alle Barrierefreiheit bieten, für Eltern, junge Leute und Alte.

#### **Meldung aus dem Plenum**

Das Missverständnis liege darin, dass einige Baugemeinschaften autofrei sein wollen, andere nicht. Für Baugemeinschaften mit dem Ziel, autofrei zu leben, mache es Sinn, blockweise beisammen zu bleiben, für den Rest nicht unbedingt.

#### **Frau Prof. Dr. Gesa Birnkrant**

bedankt sich bei Herrn Birzer, es gehe weiter mit Frau Dr. Bornholdt, die etwas zum Stand des Freiraumwettbewerbs erzählen werde.

#### **Frau Dr. Hanna Bornholdt**

stellt sich vor. Sie arbeite bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

Man habe ein Programm für den freiraumplanerischen Wettbewerb ausgearbeitet und sei auf die Ansprüche eingegangen, die da seien für den Park. Die Behörde suche nach der besten Lösung, um den Park zu gestalten. Als Download im Netz könne man sich die Auslobungsbroschüre anschauen.

Nach den Vergaberichtlinien müsse der Wettbewerb europaweit ausgeschrieben werden, da die Projektsumme über 200.000 Euro liegen würde. Zwölf Büros seien ausgewählt worden anhand bestimmter Kriterien wie Erfahrungen mit der Planung eines Parks, mit Spielraumkonzepten, mit Bürgerbeteiligung oder mit Regenwasserbewirtschaftung. Die zwölf ausgewählten Büros stammten aus Europa, darunter seien auch Büros aus Deutschland und Hamburg.

Es gehe darum, eine Fläche von 2,4 ha im 1. Bauabschnitt mit Übergängen in den 2. Bauabschnitt zu gestalten. Der Betrachtungsraum seien auch Straßen und Plätze rund um die Harkortstraße. Die Wettbewerbssumme betrage 60.000 € und sei auf die ersten drei Preise sowie eine Anerkennung verteilt.

Sie stellt den zeitlichen Ablauf vor: am 03.06.2013 seien die Auslobungsunterlagen versandt worden und am 10.06.2013 seien die Büros in Hamburg gewesen und hätten im Rückfragenkolloquium Fragen gestellt. Nach Abgabe der Entwurfsarbeiten werden eine Sachverständigenprüfung und im September die Jurysitzung des Preisgerichts stattfinden. Die Jurysitzung habe einen öffentlichen Teil am 23.09.2013 mit einem Informationsrundgang. Dort bestehe die Möglichkeit einer Teilnahme der Öffentlichkeit. Die Präsentationen würden dort anonymisiert vorgestellt. Die Jury werde anwesend sein und die Kritik an den Entwürfen hören. Am 24.09.2013 werde der nicht öffentliche Teil der Sitzung stattfinden. Hier werde die Jury entscheiden. Man habe sich seitens der Bürgerinnen und Bürger als stimmberechtigtes Jurymitglied bewerben können. Zwei Personen seien ausgewählt worden, sowie zwei Stellvertreter und zwei Nachrücker. Ansonsten bestehe das Preisgericht aus sechs Politikern, davon drei aus der Bürgerschaft und drei aus dem Bezirk Altona, sowie Vertretern der Eigentümer und den Fachpreisrichtern.

Auch vor dem Wettbewerb habe es schon eine Bürgerbeteiligung mit verschiedenen Gruppen und Initiativen gegeben, um zu sehen, welche Ideen es gebe. Man habe zehn Fokusgruppen durchgeführt, mit denen Modelle gebaut worden seien. Fokusgruppen seien bspw. Kinder, Jugendliche, Alte, Kulturschaffende und Migranten gewesen. Hier im Infozentrum könne man z.B. ein von den Anwohnern im Sinne des Masterplans entworfenes Modell anschauen. An den Workshops hätten in der Regel 5-10 Personen teilgenommen und ein maßstabsgerechtes Modell entworfen. Man sei auf die nutzerspezifischen Anforderungen eingegangen. Die Arbeit der Fokusgruppen sei protokolliert worden, die Ergebnisse seien im Internet zu finden. Viele Vorschläge seien beim Thementag am 19.01.2013 erneut angesprochen worden. Dieser habe mit einer Infomesse begonnen. Dort hätten zwei Leute von jeder Gruppe ihre Entwürfe vorgestellt und anschließend habe eine Diskussion stattgefunden um zu sehen, wo es Konflikte gebe. Die Modelle seien nun hier im Infozentrum untergebracht. Im Laufe des Thementages habe es Fachvorträge zu den Trends gegeben, die in der Park- und Freiraumentwicklung dominierten. Der Programmplan vom Ende des Thementages habe sich aus verschiedenen Nutzungsschwerpunkten des Parks ergeben. Die Kernaussage des Programms sei, dass man für jeden Bereich eine priorisierte Nutzung wünsche. Ein Teil solle mit einem Bolzplatz und einem Schulgarten gestaltet werden, im nördlichen Bereich solle es Wildnisflächen geben und nicht nur Spielgeräte für die Kinder. Für den mittleren Bereich wünsche man sich eine Wiese, sowie Gewässer und Sitzgruppen. Außerdem solle ein Hundeveräberungsweg den Park durchziehen. Diese Wünsche seien Teil der Auslobung geworden und somit sei schon ein enges Programm für den Park vorgegeben. Bei der Realisierung seien zudem Altlasten zu berücksichtigen. Eine weitere Herausforderung sei es, dunkle Ecken zu vermeiden und der Stadtteilschule angemessene Flächen zur Verfügung zu stellen.

**Frau Prof. Dr. Gesa Birnkraut**

bedankt sich bei Frau Dr. Bornholdt.

**Frage aus dem Plenum**

Was ist ein Hundeverläuferweg?

**Frau Dr. Hanna Bornholdt**

antwortet, dies sei ein Konzept aus der Schweiz und umfasse einen Weg, auf dem die Hunde auf einem abgegrenzten und mit Rindenmulch präparierten Streifen am Weg entlang laufen könnten, um dort ihr Geschäft zu machen.

**Frage aus dem Plenum**

Sie erwähnten das Kriterium Bürgerbeteiligung. Heißt das, Sie haben ein Bürgerbeteiligungskonzept für die Realisierungsphase? Ist das ein Kriterium für die Entscheidung?

**Frau Dr. Hanna Bornholdt**

sagt, es sei geprüft worden, ob die Büros Erfahrung mit Bürgerbeteiligung haben. Das sei eine Grundlage für die Auswahl gewesen.

**Frau Prof. Dr. Gesa Birnkraut**

Es gebe einen ersten Preis und der werde realisiert.

**Frau Dr. Hanna Bornholdt**

Im Gremium seien Bürger und Politiker, so dass man davon ausgehen könne, dass der bürgernächste Entwurf umgesetzt werde.

**Frage aus dem Plenum**

Werde da nicht eine Chance vergeben, dass der Park auch in der Realisierungsphase mit Bürgerbeteiligung entstehe?

**Frau Dr. Hanna Bornholdt**

antwortet, es gehe beim Wettbewerbsverfahren in erster Linie um die Qualität des Entwurfs. Der beste Entwurf werde realisiert. Inwieweit während der Realisierungsphase Beteiligungsangebote möglich seien werden, sei noch offen.

**Frage aus dem Plenum**

Wie setzte sich das Auswahlgremium zusammen, das aus 55 Büros 12 ausgesucht habe.

**Frau Dr. Hanna Bornholdt**

sagt, 55 Büros hätte man aus Kapazitätsgründen nicht im Wettbewerb zulassen können. Das Auswahlgremium sei durch eine freie Landschaftsarchitektin (Mitglied der Hamburgischen Architektenkammer), eine Landschaftsarchitektin aus der BSU sowie einem Landschaftsarchitekten aus dem Bezirksamt Al-

tona besetzt gewesen. Bei der Auswahl der Teilnehmer seien die Erfahrung mit Spielflächengestaltung und bereits genannte andere genannte Kriterien wichtig gewesen.

#### **Meldung aus dem Plenum**

möchte genauere Angaben zum Honorar im Wettbewerb. Beim Masterplan habe es 16.000 € für den 1. Preisträger gegeben, hier nun 24.000 €.

#### **Frau Dr. Hanna Bornholdt**

Die Preissumme für alle Preisträger wird aus der Bausumme abgeleitet (10% der Bausumme). Die Preissumme teilt sich auf die ersten drei Preisträger sowie die Anerkennung auf.

#### **Person aus dem Plenum**

Welche Kosten erwarte man für die Umsetzung?

#### **Frau Dr. Hanna Bornholdt**

Die Kosten für die Umsetzung könne sie nicht aus dem Kopf sagen, das könne sie aber nachreichen.

*[Seitens der BSU wurde nach der Veranstaltung folgende Information nachgereicht: Zur Ermittlung der Bausumme im Rahmen des Wettbewerbs wurde für die landschaftsplanerischen und landschaftsbaulichen Leistungen von 2,6 Mio ausgegangen. Zusätzlich werden Kosten für verschmutzten Untergrund und dessen Ersatz sowie für die Mitnutzung des Parks durch Schule und Entwässerung entstehen.]*

#### **Frau Prof. Dr. Gesa Birnkraut**

erkundigt sich nach weiteren Fragen.

#### **Frage aus dem Plenum**

sie mache sich Sorgen wegen der Eingrenzung der Fläche. Die angegebene Fläche umschließe nicht das ganze Areal. Sie sei bei einigen Gremien dabei gewesen. Es seien viele Vorschläge gekommen, wie die Fläche neu gestaltet werden könne. Die Behörde werde vieles ausschließen von dem, was die BürgerInnen beschlossen haben. Es müsse eine bessere Kommunikation zwischen der Behörde und den BürgerInnen geben.

#### **Frau Dr. Hanna Bornholdt**

sagt, der Park sei insgesamt rund acht Hektar groß. Da zunächst nur der erste Bauabschnitt realisiert würde, stehe beim jetzigen Wettbewerb auch nur der erste Bauabschnitt des Parks sowie dessen Übergang zum zweiten Bauabschnitt im Mittelpunkt.

## Bericht des Koordinierungsgremiums

### **Mitglied des Koordinierungsgremiums**

möchte alle begrüßen. Der Bericht des Koordinierungsgremiums sei sonst der erste Programmpunkt, heute sei dies nicht möglich gewesen. Das Koordinierungsgremium gebe es trotz aller Unkenrufen zum Trotz noch. Es treffe sich nicht mehr so häufig wie 2011 und 2012, aber es verfolge intensiv und kritisch den Prozess und die Ereignisse in Mitte Altona und versuche, konstruktiv Stellung zu beziehen. Sie möchte sich bei Mario Bloem bedanken, der das Koordinierungsgremium unentgeltlich engagiert berate und einen Alternativentwurf zum Masterplan gemacht habe.

Die Treffen würden monatlich stattfinden, die Termine seien auf der BSU-Seite zu finden. Die Sitzungen seien öffentlich. Der nächste Termin sei am kommenden Donnerstag, den 20.06.2013 im Infozentrum. Leider sei die eigene Homepage nicht mehr aktuell, da das Koordinierungsgremium keine personellen Ressourcen dafür habe.

Sie wolle nun die Tätigkeit des Gremiums nach der Verabschiedung des Masterplans im September 2012 vorstellen. Die Kritik am Masterplan sei im Bürgergutachten ausführlich begründet worden. Diese sei zuvor in allen wesentlichen Punkten von der Politik übergangen worden. Der Masterplan sei ohne wesentliche Änderungen von der Bürgerschaft verabschiedet worden.

Das Gremium konzentriere sich nun auf die Abwendungsvereinbarungen. Das letzte Bürgerforum habe im November stattgefunden. Wie dort angekündigt habe das Koordinierungsgremium seitdem Prüfsteine für die Politik entwickelt. Diese wolle das Gremium heute öffentlich vorstellen. Die Prüfsteine seien zudem verschriftlicht worden, sie lägen als Flugblatt aus. Die BSU werde das Papier auch in elektronischer Form erhalten. Anhand der Prüfsteine lasse sich feststellen, ob Eigentümer und Senat die Abwendungsvereinbarungen im Sinne der Anwohner und Steuerzahler geführt haben.

Nach wie vor sei es sinnvoll und klug und eine Grundbedingung des Gremiums hinsichtlich des Projektes, die Entscheidung der Deutschen Bahn abzuwarten, ob diese den Bahnhof nach Diebsteich verlege. Wenn keine Verlagerung stattfinde, müsse ein erneuter, offener Wettbewerb ausgelobt werden. Dann sollten nicht zehn handverlesene Architekturbüros die Möglichkeit einer Präsentation ihres Konzeptes erhalten, sondern alle, die etwas davon verstünden, Stadtplaner, Architekten, Studierende etc.

### **Mitglied des Koordinierungsgremiums**

sagt, sie wolle vorstellen, was die letzten zwei Jahre gesammelt worden sei und sie wolle bestimmte Dinge in Erinnerung rufen. Zum Verfahren wolle sie sagen, dass die Bürgerbeteiligung bestimmte Punkte auch nach den Abwendungsvereinbarungen berücksichtigen müsse. Sie fordert zudem ein Budget für eine minimale Ausstattung und die Deckung der Unkosten bei der Bürgerarbeit, wie sie beispielsweise dem Koordinierungsgremium anfielen. Zudem müsse es ein Stimmrecht für Bürger bei Entscheidungen im weiteren Verfahren geben und mehr Transparenz und Offenheit im Verfahren. Alle Dokumente sollten offen diskutiert werden.



### **Mitglied des Koordinierungsgremiums**

erklärt, die Prüfsteine für die Abwendungsvereinbarungen würden sich mit den Bürgerforderungen teilweise überschneiden. Es ginge vor allem um wirtschaftliche und juristische Fragestellungen. Die Stadt Hamburg habe auf das Vorkaufsrecht verzichtet. Nun fänden die Verhandlungen zu den Abwendungsvereinbarungen hinter verschlossener Tür statt und Zwischenergebnisse würden geheim gehalten. Man argumentiere da immer mit der Vertraulichkeit. Die Bürger wüssten nicht, was geschieht. Vielleicht könne Herr Walter später Auskunft zu den Vereinbarungen geben. Die Bürger wollten ein Zwischenergebnis, das würde verweigert werden. Was die Stadt gesagt habe sei, dass man die Vereinbarungen abwarten müsse, dann erhalte man eine Zusammenfassung. Dann sei aber schon alles passiert und man könne nicht mehr in den Prozess eingreifen.

Es dürfe keine einseitige Kostendeckelung für die Investoren geben, denn den Rest zahle die Stadt. Dabei solle die Stadt lieber die eigenen Kosten deckeln. In der Behörde würden immer Projekte ohne Kostendeckelung vergeben, siehe Elbphilharmonie. Man müsse die Altlastenübernahme durch die Grundeigentümer klären und entscheiden, wer für Lärmschutzmaßnahmen zu zahlen habe.

Das Gremium wolle sich für eine kleinteilige Parzellierung in Mitte Altona einsetzen. Man wolle keine großen Wohnanlagen sondern einzelne Häuser. Die Häuser im Umkreis gehörten Einzelpersonen und daher solle auch das zu bebauende Gelände, das drei großen Eigentümern gehöre, aufgeteilt werden. Wichtig sei, dass überall im angemessenen Zeitraum gebaut werde. Man wolle keine Leerstände. Er fordert zudem eine Offenlegung aller Kosten durch die Stadt. Man könne gewisse Kalkulationen einfordern, um die Kosten begrenzt zu halten. Nachträgliche Ausnahmen und Befreiungen von den Festlegungen des Bebauungsplans dürften nicht sein. Das Baurecht sehe viele Ausnahmen vor. Hier sehe er eine Gefahr. Er nennt das Beispiel einer Bebauung an der Ecke Holstenstraße und Max-Brauer-Allee. Hier werde achtstöckig gebaut, obwohl nur vier Stockwerke erlaubt seien.

### **Mitglied des Koordinierungsgremiums**

erklärt, er wolle sich zum Thema Verkehr äußern. In Mitte Altona wollten 80 % autofrei leben. Der Stellplatzschlüssel sei in Diskussion, man habe sich nun auf 0,4 geeinigt. Dies entspräche aber nur 60 % autofrei. Darum fordere das Gremium einen Stellplatzschlüssel von 0,2. Dies würde auch geringere Kosten verursachen. Die Stellplätze sollten in Quartiersgaragen gebaut werden, dies habe ebenso weniger Kosten zur Folge. Im Wohngebiet müsse man für genügend Fahrradstellplätze sorgen. Carsharing und Stadtrad sollten gefördert werden, damit Autos nur benutzt würden, wenn man sie wirklich brauche. Er fordert Tempo 30 im gesamten Quartier, auch auf der Harkortstraße. Es sei gesagt worden, gegen die Temporeduzierung spreche, dass hier der Bus fahren solle. Das sei Unsinn. Laut einer UN-Konvention werde unterschiedslos für alle Menschen der Zugang zu Produkten in allen Lebensbereichen gefordert, der Verkehr müsse also Menschen mit allen Bedürfnissen berücksichtigen.

### **Mitglied des Koordinierungsgremiums**

Sie wolle etwas zum Thema Städtebau und Freiraum sagen. Die wichtigste Voraussetzung sei, ob der Bahnhof verlegt werde. Momentan plane man deshalb nur einen Teilabschnitt. Das Koordinierungsgremium vermute, dass der Bahnhof nicht verlegt werde, dafür gebe es Anzeichen. Es könne auch sein,

dass es erst 2020/25 zu einer Verlegung komme. Das sei dann mit Beeinträchtigungen verbunden. Der erste Abschnitt sei nicht zu denken ohne den zweiten Bauabschnitt.

Auf dem Gelände brauche man vielfältige Räume, Flächen für Experimente und Innovation. Auch Otten- sen sei so ein beliebter Stadtteil, weil nicht alles vorhersehbar sei. Man brauche viel Grünfläche. Der Park sei viel kleiner als eben dargestellt. Auch die Schule brauche Platz, ebenso wie Spielplätze. Es bedürfe einer Änderung des Masterplans, wenn der Bahnhof nicht verlegt werde. Fünfte Dinge passieren vor den ersten. Man brauche Lärmschutz solange der ICE auf dem Viadukt fahre, auf der sogenannten Quietschkurve. Dieser müsse geplant werden. Er fragt, ob das erst passieren wenn die Bahn alles verlegt habe.

Man wolle außerdem maximal 5,5 Geschosse, sonst handle man entgegen der Bürgerforderungen. Die BürgerInnen wollten ein Mischgebiet mit niedrigen Mieten für Gewerbe, kleinen Cafés, Kunst, Kultur und Sozialeinrichtungen.

#### **Mitglied des Koordinierungsgremiums**

möchte sich mit dem Thema Wohnungen beschäftigen. Das Gremium lehne den Drittmix der Behörde ab. 59% der Menschen in Hamburg hätten Anspruch auf eine geförderte Wohnung, dies müsse sich in Mitte Altona wiederfinden. Die Baugemeinschaften sollten nicht 20 %, sondern 30 % bekommen. Zudem solle es eine Deckelung auf 400 € Grundstückskosten/qm für Baugemeinschaften durch die Stadt geben.

#### **Mitglied des Koordinierungsgremiums**

beschäftigt sich mit dem Bebauungsplanverfahren. Das Gremium wolle dafür sorgen, dass Stellungnahmen abgegeben werden könnten und dass man sich äußern könne. Fragen des Gremiums seien, wie der Bebauungsplan begründet werde, ob es eine öffentliche Plandiskussion oder eine öffentliche Auslegung gebe. Das Koordinierungsgremium werde Unterstützung anbieten, was man als Bürger machen könne, um beispielsweise eine Stellungnahme zum Bebauungsplan abzugeben oder eine Klage einzureichen.

#### **Frau Prof. Dr. Gesa Birnkraut**

bedankt sich für den Bericht. Eine inhaltliche Diskussion finde später mit Herrn Walter statt. Gibt es zunächst einmal Verständnisfragen?

#### **Person aus dem Plenum**

Sie ist Anwohnerin und ist verwundert, dass 59% einen Berechtigungsschein haben sollen in Hamburg.

#### **Mitglied des Koordinierungsgremiums**

Eine kleine schriftliche Anfrage habe ergeben, dass 42% einen Anspruch auf eine geförderte Wohnung (§5-Schein) haben. 17% haben einen Anspruch auf Förderung über den zweiten Förderweg.

#### **Frau Prof. Dr. Gesa Birnkraut**

bedankt sich. Herr Walter werde nun übernehmen.

### Herr Prof. Jörn Walter

Er wolle kurz etwas zum Bebauungsplanverfahren und zu den Abwendungsvereinbarungen sagen. Für diejenigen, die neu dabei seien, müsse er anmerken, dass das Verfahren etwas komplizierter sei als gewöhnlich, z.B. wegen der Bahnstreckeverlegung. Es gebe auch ein sogenanntes kooperatives Verfahren zwischen Stadt und Bezirk.

Man müsse wissen, dass die Stadt sich das Recht habe einräumen lassen, eine eigene städtebauliche Entwicklungsmaßnahme durchzuführen. Um diese abzuwenden, müsse es zu einer Einigung mit den Eigentümern kommen. Deshalb heiße das Abwendungsvereinbarung.

Es gebe für das Gesamtareal einen Masterplan. Davor habe es einen Wettbewerb gegeben. Ein Bebauungsplanverfahren führe den Masterplan in verbindliches Recht über. Er lege Baumassen und Baugrenzen etc. fest. Die Farben beim Plan stünden für bestimmte Gebietstypen. Man könne sehen, was bisher vorgesehen sei. Hinsichtlich der Nutzung stelle man sich das Gebiet als eine Mischung aus Wohnnutzung, Gemeinbedarf, Schule, Sondernutzungen im Bereich der Kleiderkasse, einer Parkanlage und einem Mischgebiet beim Güterbahnhof vor. Zum Stand des Maßes der Nutzung sage der Masterplan, dass die Gebäude mit 5-7 Geschossen gebaut würden, so stehe es auch im Bebauungsplan. Punktuell sollen auch 8 Geschosse möglich sein, das müsse er der Vollständigkeit halber sagen. Die Bruttogeschossfläche werde festgeschrieben. Die blauen Linien auf dem Plan seien die Baugrenzen.

Ein Wort wolle er auch zum Verfahrensablauf verlieren. Es seien bereits einige wichtige Schritte vollzogen, die öffentliche Plandiskussion habe stattgefunden. Zur Zeit würden Träger öffentlicher Belange angehört. 70 Träger würden in Hamburg zum Bebauungsplan gehört. Dann werde eine überarbeitete Fassung des Bebauungsplans veröffentlicht. Im November solle schließlich die öffentliche Auslegung stattfinden. Gegebenenfalls mache man dann vorher noch einen öffentlichen Termin. Danach werde es eine erneute Überarbeitung des Bebauungsplans geben, die im Frühjahr 2014 vorliegen werde. Dann werde der Bebauungsplan die Vorweggenehmigungsreife erlangen. Dies bedeute, dass der Plan noch nicht förmlich festgelegt sei, aber bei Erfüllung bestimmter Bedingungen bereits Baugenehmigungen erteilt werden könnten. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens finde ein Abwägungsprozess der verschiedenen Interessen und Belange statt. Der Bebauungsplan würde den politischen Gremien zur Befassung bzw. zum Beschluss vorgelegt. Wenn diese anders beschließen, als man selber wünsche, könne der Plan im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens auf formelle und materielle Rechtmäßigkeit überprüft werden. Die entscheidende Kompetenz bei der Abwägung liege bei den politischen Gremien, also bei Bezirksversammlung und der Hamburger Bürgerschaft. Soweit sei es das zum Bebauungsplanverfahren.

Die Abwendungsvereinbarungen verhandle man parallel zu den Planungsverfahren. Das Thema sei komplex, deshalb wolle er hier nur einen kurzen Zwischenstand präsentieren von den Punkten, bei denen man annähernd eine Einigung habe. Bei einigen Themen hätte man sich noch nicht geeinigt. Inhaltliche Fragen zum Thema Wohnungsbau seien im Zusammenhang mit dem Masterplan diskutiert worden. Dieser sei Grundlage für die Abwendungsvereinbarungen. Wie bei allen Neubauvorhaben in Hamburg werde es den Drittmix geben. Dieser Beschluss sei gefallen.

Das Thema Baugemeinschaften habe eine quantitative und qualitative Dimension. Man wolle 20 % erreichen und habe im Grundsatz Einigung darüber. Dies überlagere sich aber mit dem Drittmix. Man müsse neben geförderten Baugemeinschaften zudem klassische Wohnungsbaugemeinschaften sowie Genossenschaften berücksichtigen. Es gebe sehr viele Diskussionen mit den Eigentümern über eine mögliche Zuordnung der Flächen. Man wolle eine Mischung, eine kleinteilige Bebauung. Dies stehe jedoch im Kontrast zum Thema autoarme Bebauung. Die grobe Verteilung der verschiedenen Wohnungsbauanteile, die man sich überlegt habe, sei, dass sowohl im Nord- und Südteil alle Wohnformen vertreten sein sollen, um eine Mischung zu erzielen. Da die Eigentümer nicht alles selber bauen werden, suche man nach interessierten Dritten. Entlang der Harkortstraße werde ein wesentliches Segment an geförderten Wohnungsbau untergebracht. Es werde eine Konzentration der Baugemeinschaften rund um den Platz im Nordteil und beim Block neben der Schule geben. Das sei der Stand bzw. Ziel der Gespräche. So habe man eine Mischung sichergestellt, und sogenannte Mikromilieus könnten entstehen.

Im Prinzip solle das Quartier autoarm werden. Dazu gebe es die Idee, dass man eventuell am Park alles ruhiger gestalten könne. Da könne man zu einer gewissen Einigung kommen. Die Baugemeinschaften hätten zum Teil den Wunsch geäußert, die Stadt sollte die Grundstücke selbst übernehmen. Von Seiten der Stadt sei diese Überlegung noch nicht ganz abgeschlossen, es gebe darüber zur Zeit Gespräche mit der Liegenschaftsverwaltung der FHH. Man rede auch über Preisdeckelungen für Baugemeinschaftsgrundstücke, aber es gebe Schranken. Die Grundstückskosten ließen sich vermutlich nicht auf 400 €/qm begrenzen, lägen aber mit Sicherheit unter dem, was der Gutachterausschuss an Wert veranschlagt habe. Genaueres werde nach der Sommerpause dargelegt.

Bei der Parkanlage sei man weitergekommen. Man habe ursprünglich die Vorstellung gehabt, dass alles zu Lasten der Eigentümer geschehen solle. Seitens der Stadt werde aber auch etwas übernommen, wegen des übergeordneten Interesses an der Grünfläche. Man überlege mit den Eigentümern, ob die Fläche von der Stadt hergerichtet werden könne mit einem Kostenbeitrag der Eigentümer. Er wolle nun einen kleinen Exkurs auf die weiteren Verfahrensschritte geben.

Bezüglich des Themas Inklusion wolle man ein paar Kernregelungen in den Abwendungsvereinbarungen übernehmen, um zu regeln, was künftig mit den Gebäuden passiere und um Barrierefreiheit zu gewährleisten. Herr Candussi habe bei der letzten Veranstaltung den Inklusionsgedanken im umfassenden Sinn vertreten, das finde er richtig. Man müsse also erarbeiten, wie man die Wohnungen umbaufähig und flexibel hinbekommen könne. Man wolle auch einiges für eine Weiterentwicklung offenhalten. Weitere Themen, die besprochen würden, seien die inklusive Gestaltung des öffentlichen Raums und ein geeignetes Quartiersmanagement. Man überlege sich, wie man ein dauerhaftes inklusionsfreudiges Milieu zustande bringen könne. Das alles müsse Teil eines künftigen Quartiersmanagements sein.

Mit Aurelis wolle man dahin kommen, Flächen für Gewerbetreibende in den Güterhallen und der Kleiderkasse günstig zu vermieten für vier bis acht Euro.

Man sei in den Abwendungsverhandlungen schon weitergekommen, aber noch nicht am Ende. Man habe in den vergangenen Monaten aber wichtige Knoten durchgeschlagen. Er hoffe, dass es über die Sommerpause zu einem Vertragstext komme, den man paraphieren könne. Die Juristen müssten dies

nun in einem Vertragstext verdichten. Man werde das Versprechen, das man gegeben habe, einlösen. Der Vertragsentwurf werde veröffentlicht und im größeren Paket diskutieren. Dazu seien zur Zeit etwa fünf Abende vorgesehen. Es gebe eine Auftaktveranstaltung, in der man das Vertragswerk insgesamt darstelle und dann 3 Abende mit verschiedenen Themenschwerpunkten. Dann gebe es eine abschließende Veranstaltung. Dies alles werde voraussichtlich Ende August bis Ende September stattfinden. Allerdings unter dem Vorbehalt, dass bis dahin die Verhandlungen abgeschlossen seien.

#### **Frage aus dem Plenum**

Kommt von der Baugruppe Stadtdorf. Sie will wissen, was eine 5-7-geschossige Bebauung heiße. Gebe es auch fünfgeschossige Gebäude? Sei es Zufall, dass alle Wohnungen um den Park nicht schraffiert gewesen seien, also nicht für Baugemeinschaften vorgesehen seien? Beteilige sich die Stadt an dem Park, aber nicht an den umliegenden Wohnungen?

#### **Frage aus dem Plenum**

Dass Herr Walter das hier vorgestellt habe, sei ein Erfolg für die Bürgerbeteiligung. Das wolle er lobend erwähnen. Trotzdem gebe es eine Nachfrage zum Bebauungsplan. Werde es eine weitere öffentliche Plandiskussion geben? Auch zum Thema Lärmschutz wolle man noch etwas erfahren.

#### **Frage aus dem Plenum**

sagt, es gebe ein kooperatives Verfahren zwischen Behörde und Bezirk. Der Bezirk habe aber 30 Forderungen für Inklusion einstimmig befürwortet. Wenn der Bezirk etwas zu sagen habe, müssten alle Ziele in den Abwendungsvereinbarungen auftauchen und in den städtebaulichen Vereinbarungen niedergelegt werden. Was Gewerbe, soziale Versorgungen, Verkehr etc. betreffe, sei das deckungsgleich.

#### **Herr Prof. Jörn Walter**

Zu den Geschosshöhen gebe der Bebauungsplan Auskunft. Der Entwurf von Poitiers gehe nicht davon aus, dass alles gleich hoch sein solle, sondern es sollte ein bewegtes Stadtbild erreicht werden. Die festgesetzten Geschosshöhen im Bebauungsplan ließen entsprechende Spielräume zwischen fünf bis sieben Geschossen zu. Es gebe einige höhere Gebäude als Akzentuierungen der städtebaulichen Silhouettenbildung.

#### **Frage aus dem Plenum**

Wer entscheide das, wer fünf und wer sieben Geschosse bauen dürfe? Keiner wolle ja weniger hoch bauen dürfen als der Nachbar.

#### **Herr Prof. Jörn Walter**

Die Frage sei interessant. Man könne das im Bebauungsplan festlegen. Die Frage sei aber auch, wie flexibel oder genau man das festsetzen wolle. Die Erfahrung zeige, dass auch Modifikationen eintreten würden, wenn die Planung der Gebäude konkreter wird.. Daher arbeite man mit einer abstrakten Deckelung durch die Festsetzung der Bruttogeschossfläche. Es gebe da verschiedene Festlegungstechniken. Man werde prüfen, wie man das mache.

Zur Verteilung der Wohnformen am Park: Was er hier vorgestellt habe, sei ein möglicher Kompromiss. Die Stadt wolle nicht, dass die Parklage einseitig verteilt werde. Bei den Überlagerungen mit autoarmem Wohnen müsse einiges bedacht werden, zudem lägen einige Wohnungen an der Lärmkante. Es müsse eine Abwägung zwischen der Wertigkeit der Fläche und dem funktionalen Ziel stattfinden. Wo finde man welche Interessenten? Er persönlich habe eine viel kleinteiligere Verteilung vorgesehen, aber die Wünsche der Baugruppen seien hier anders gewesen. Ein Block könne als Baugemeinschaftsfläche am Park entstehen, das sei hier angeregt worden und die Stadt wolle das berücksichtigen. Alle hätten sich etwas bewegt.

Zur öffentlichen Plandiskussion: Eine öffentliche Plandiskussion im rechtstechnischen Sinne habe bereits stattgefunden.. Aber er könne sich vorstellen, eine eigenständige Bürgerversammlung vor Auslegung oder zu Auslegungsbeginn durchzuführen.

Zum Thema Inklusion: Man brauche eine vertraglich konkretere Fassung, wie das im Gebiet umgesetzt werden könne. Man sei schon detailliert gewesen, aber nach dem Thementag müsse auch mehr Entwicklung möglich sein, um dem Ziel näherzukommen.

#### **Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter**

sagt, er sei zusammen mit Markus Birzer für die Bürgerbeteiligung im Projekt verantwortlich. Er sagt, er könne der Stadt nur empfehlen, so viel Bürgerbeteiligung zu machen wie nur möglich. Eine gute Informationspolitik der Stadt sei nötig, aber das sei eben nicht alles. Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass es Interessenunterschiede auch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern gebe. Solche Prozesse müssten wahrgenommen werden, um sich näherzukommen. Er habe den Eindruck, dass eine Bürgerbeteiligung auch für die Stadt viel Konsens bringen könne. Die Veranstaltungen müssten das Ziel haben, gegensätzliche Interessen unter einen Hut zu bringen. Das könnte auch dazu verhelfen, die Stadt in Stellung zu bringen gegenüber widerborstigen Verhandlungspartnern.

#### **Frage aus dem Plenum**

Er sei Eigentümer aus der Goetheallee und habe eine Frage zu Verkehrssituation in der Präsident-Krahn-Straße. Diese solle im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Bahnhofplatzes zweispurig ausgebaut werden. Was passiere, wenn der Bahnhof nicht verlegt werde?

#### **Frage aus dem Plenum**

Wie sehe es aus mit Investitionen in öffentliche Flächen? Der Park werde ja offensichtlich voll von der Stadt finanziert. Es sollte aber ursprünglich eine Deckelung der Kosten für die innere und äußere Erschließung für die Stadt geben. Wenn die Stadt die Kosten für den Park übernehme, fällt diese Deckelung dann weg.

#### **Frage aus dem Plenum**

Ist Anwohner und Mitglied der Baugemeinschaft Altoja. Er habe einige Verständnisfragen. Er habe verstanden, dass frühestens im November 2013 ein Bebauungsplan vorliegen solle. Welche Einspruchsfristen gebe es danach? Was bedeute „etwas mehr als 400 €“? Was seien Mikrowerte und Mikrolagen?

### **Herr Prof. Jörn Walter**

Bei der Präsident-Krahn-Straße gebe es zwei sich überlagernde Diskussionen. Erstens die Frage der Umgestaltung des Bahnhofsplatzes und zweitens die Frage nach Mitte Altona. Wenn man das Mobilitätskonzept zu Rate ziehe, komme dort nur der Vorschlag, den Radverkehr sicherer zu gestalten und die Straße dementsprechend auszubauen. Wenn man wolle, dass die Menschen mehr Fahrrad fahren, muss man Fahrradwege bauen. Das lasse die anderen Debatten um Straßenumgestaltungen unberührt und habe nicht grundsätzlich etwas mit Mitte Altona zu tun. Es sei eher eine Diskussion im Bezirk.

Zu den Grundstückspreisen für Baugemeinschaften: Das sei kein großes Geheimnis. Die Baugemeinschaftsgrundstücke in guter und zentraler Lage lägen in Hamburg im Schnitt bei um die 600 € pro qm. Das sei ca. die Größenordnung. Darüber werde aber noch beraten. Wenn man auf so einen Wert kommen wolle, müsse man eine Kostendeckelungsverhandlung machen. Man rede darüber mit den Eigentümern.

Zum Park: Die Parkkosten werden umgelegt auf die Eigentümer. Fraglich sei nur, wer den Park herstelle. Die Stadt habe zunächst gedacht, die Eigentümer zahlen die Kerninvestitionen und übernehmen die Herstellung des Parks, dann hätte die Stadt sich daran finanziell beteiligt. Die ganzen Anforderungen, die man mittlerweile an den Park habe, führten zu Mehrfachnutzungen der Flächen und entsprechend höheren baulichen und technischen Anforderungen. Daher sei derzeit im Gespräch, dass die Stadt den Park selbst baue und die Eigentümer ihren Investitionsanteil an die Stadt geben. Dies sei auch eine vertrauensbildende Maßnahme, wenn die FHH selbst baue, weil dann die Umsetzung im öffentlichen Sinne in jedem Fall gewährleistet sei.

### **Herr Gerdemann**

Am 22.5.2013 sei der Bebauungsplan erläutert worden. Bei der Veranstaltung habe es Gelegenheit gegeben, sich zum Stand des Bebauungsplanentwurfs zu äußern. Im November werde es eine vierwöchige Auslegungszeit mit Einzelsprechstunden geben. Der genaue Zeitraum werde vorher bekannt gegeben.

### **Herr Prof. Jörn Walter**

Was er bezüglich der Mikrolagen gemeint habe, sei, dass es innerhalb des Gebietes bessere und schlechtere Lagen gebe. Ungünstiger sei es z.B. an der Bahn oder direkt an der Harkortstraße. Besser sei die Lage am Park. Dies habe Auswirkungen auf die jeweiligen Grundstückspreise.

### **Anmerkung aus dem Plenum**

Er komme von einer Baugemeinschaft und möchte hier bauen. Darum wolle er abklären, um welches Volumen es gehe. Er habe verstanden, dass der erste Bauabschnitt 1.600 Wohneinheiten habe. Bei 20% Baugemeinschaften seien das 320 Wohnungen. Aber das Netzwerk Autofreie Mitte Altona wolle schon 500 Wohnungen dort bauen?

### **Frage aus dem Plenum**

Sie komme aus der Baugemeinschaft Gleishaus und sei aktiv bei der Initiative Autofreie Mitte. Zur Klärung: Man wolle nicht 500 Wohnungen bauen, sondern 500 Personen seien aktiv in dem Netzwerk.

Viele Baugemeinschaften sollten im ersten Bauabschnitt untergebracht werden. Sie glaube, der Plan, dass das Dreieck südlich vom Park autofrei gestaltet werde sei wichtig, um Synergieeffekte zu nutzen. Grüne Wege sollten besondere Aufenthaltsqualität schaffen. Es solle nicht nur ein Block autofrei sein. Habe man sich dazu Gedanken gemacht?

#### **Frage aus dem Plenum**

er wolle positiv beginnen, denn er sei oft kritisch. Er bedankt sich, dass es fünf Veranstaltungen zu den Abwendungsvereinbarungen geben werde. Das vermittele den Eindruck, dass die ganze Diskussion der letzten drei Jahre Sinn mache. Er freue sich auch über die günstigen Mieten in den Güterhallen.

Dennoch habe er einige kritische Fragen: Wie sehe es aus mit dem Lärmschutz beim Freiraumwettbewerb Gibt es dort eine Idee zum Lärmschutz? Hier stehe überall, dass die Bebauung nur 40 Meter von der Bahn entfernt sein solle. Er habe auch eine Frage zum Vorkaufsrecht der Stadt Hamburg. Das Vorkaufsrecht sei beim Grundstück der ECE nicht ausgeübt worden. Sei es möglich, für die zukünftigen Weiterverkäufe ein Vorkaufsrecht einzuplanen? Zu einem festen Preis könne die Stadt die Flächen erwerben und weiterverkaufen. Dies würde wie eine Bremse auf die Preisentwicklung wirken. Zudem sei Diebsteich immer noch ein unbekannter Plan, wie solle das aus Sicht der Stadt Hamburg aussehen? Warum gebe es kein Entwurf, wie man sich das wünsche?

#### **Herr Gerdemann**

Das Wettbewerbsprogramm mache Vorgaben zum Umgang mit der Lärmsituation, z. B. hinsichtlich der Anordnung von Nutzungen. Der Wettbewerb müsse mit der Situation gut umgehen. Die genaue Umsetzung sei den Entwürfen und Ideen der Teilnehmer überlassen.

#### **Herr Prof. Jörn Walter**

Das Vorkaufsrecht sei nach dem Baugesetzbuch an bestimmte rechtliche Bedingungen gebunden.. Ein preislimitiertes Vorkaufsrecht gebe es nur für rechtlich eng definierte Fälle. In diesen Fällen bestehe die Möglichkeit, dass die Stadt bei Vorliegen bestimmter Bedingungen, bei einem geplanten Verkauf in den Kaufvertrag einsteige und das Grundstück ggf. selbst erwerben könne. Solange eine sog. Vorkaufrechtssatzung bestehe, könne die Stadt von ihrem Recht Gebrauch machen. Er wolle daran erinnern, dass die Nicht-Ausübung des Vorkaufsrechts für das ehemalige Holsten-Grundstück an bestimmte Zusagen seitens der ECE geknüpft worden seien.

Zum Thema Bahnhof Diebsteich: Bevor detailliertere größere Planungsmaßnahmen gemacht würden, müsse man wissen, ob die Verlegung tatsächlich komme. Solche Planungen erforderten mehr Aufwand als eine grobe Skizze, da gebe es viele Fragen. Das sei keine Alltagsaufgabe. Man mache so etwas alle 100 Jahre einmal. Die gesamte technische Untersuchung, die die Bahn gerade mache, liege der FHH noch nicht vor.

#### **Frage aus dem Plenum**

Man wolle wissen, ob ein Bürgervotum eingeholt worden sei, ob die Schließung des Bahnhofs Altona gewünscht sei.



### **Frage aus dem Plenum**

Auch bei der Olympiaplanung sei nicht sicher gewesen, ob das klappen würde, ebenso bei der HafenCity. Nie sei sicher gewesen, wie es genau laufen könne, aber man habe trotzdem umfangreiche Planungen gemacht.

### **Herr Prof. Jörn Walter**

Es seien schon planerische Überlegungen für den Bereich Diebsteich gemacht worden, zum Beispiel in den Vorbereitenden Untersuchungen. Es sei jedoch zutreffend, dass diese Entwürfe nicht einen Detaillierungsgrad wie die der Bewerbung für Olympia hätten.

Die Stadt Hamburg habe niemals an die Bahn die Forderung herangetragen, den Bahnhof zu verlegen. Die Stadt habe das nicht gewollt, schon in den 80ern bei den ersten Überlegungen der Bahn. Um die Jahrtausendwende habe die Bahn vor dem Problem gestanden, dass der Erneuerungsbedarf u.a. für die Strecke nach Kiel dringlicher wurde. Der Betrieb von Sackbahnhöfen sei zudem eben unwirtschaftlicher.

Eine Bürgerbefragung habe es nicht gegeben. Hamburg verhalte sich derzeit eher neutral. Man wolle sich mit dem Thema konstruktiv auseinandersetzen. Was könnte mit dem Gelände gemacht werden? Wenn die Bahn verlege, habe man eine vernünftige Entwicklungsperspektive für diesen Raum. Das sei aber von betrieblichen Überlegungen der Bahn abhängig. Was die Stadt in keinem Fall wolle, sei, dass die Bahn einen Bahnhof schließe, ohne einen neuen zu bauen. Altona solle nicht das gleiche Schicksal ereilen, wie Bergedorf. Dort sei der ICE-Halt auf der Strecke nach Berlin gestrichen worden.

Zum Thema blockübergreifendes autoarmes Wohnen: Im Norden könnte ein Bereich sein, den man autoarm, ggf. punktuell autofrei gestalten könne. Das sei erstrebenswert. Auch außerhalb der autofreien Baugemeinschaften könne es auch in den anderen WohnungsbaufORMen einige geben, die autoarm bzw. -frei wohnen wollen. Im Süden könne man den Bereich am Park autoarm entwickeln. Wunsch der Stadt sei es, die Verkehrserschließung der Schule auch über den Güterbahnhof ermöglichen zu können. Das würde das Südquartier von Verkehren entlasten. Es gebe Gespräche mit Aurelis und dem Denkmalschutz. Ein zweigeschossiger Durchgang durch den Güterbahnhof zur Schule sei seine Idee.

### **Frage aus dem Plenum**

Er wolle etwas zum Thema Lärmschutz sagen, denn er finde es unverantwortlich, dass das nicht einbezogen werde. Er sei entsetzt. So lange die Bahn da fahre brauche man den Lärmschutz. Wie werde das garantiert.

### **Herr Gerdelmann**

Der Lärmschutz stehe nicht in freiem Belieben der Stadt, sondern sei durch rechtliche und technische Vorgaben geregelt. Alles werde gutachterlich geprüft und im Bebauungsplan entsprechend festgesetzt. Besonders mit den Fassaden werde man sich beschäftigen. Die notwendigen Grenzwerte in den Wohnungen würden eingehalten. Der Lärmschutz werde aber nicht als Wand oder Wall entlang der Bahn errichtet, sondern durch bauliche Vorrichtungen und andere Maßnahmen an den Häusern selbst sichergestellt.

**Frau Prof. Dr. Gesa Birnkraut**

erklärt, der nächste Termin stehe noch nicht ganz fest. Man werde die Anwesenden darüber in Kenntnis setzen. Sie bedankt sich und wünscht alle einen guten Heimweg.

Gez.

Angela Schöttler

Markus Birzer